

# Weniger Staat in Ungarns Gesundheitswesen

## Der bedrängte Regierungschef mit einem wichtigen Reformersfolg

Die ungarische Regierung macht bei ihrer Sparpolitik auch vor dem Gesundheitssektor nicht halt. Trotz Protesten und Streikaktionen soll die staatliche Einheitskasse durch ein Netz regionaler Kassen abgelöst werden. Wenngleich nur eine Teilprivatisierung realisiert wird, weht nun immerhin ein Hauch von Wettbewerb durch den Sektor.

tf. Wien, 18. Dezember

Wenn sich der Finanzmarkt für eine sozialistische Regierung begeistert und wenn eine angeblich bürgerliche Opposition über Liberalisierungen und Privatisierungen schimpft, dann mag dies zwar etwas seltsam anmuten. In Ungarns Parteienlandschaft ist dies aber nichts weiter Besonderes, zumal hier das traditionelle Links-Rechts-Schema bei der Verortung politischer Positionen ohnehin nichts mehr taugt. So sind es in Budapest denn auch die regierenden Sozialisten, die seit über einem Jahr unter Führung von Ministerpräsident Ferenc Gyurcsany mit einem radikalen Sparprogramm für einen kleineren Staat eintreten, während sich die oppositionellen Jungdemokraten (Fidesz) gegen eine solche Entschlackung wehren und – mit durchaus sozialistischem Vokabular – vor einem tiefer werdenden Graben zwischen Arm und Reich warnen. Über kein anderes Thema haben die beiden Gruppierungen in den vergangenen Monaten heftiger gestritten als über die Reform des Gesundheitswesens. Die Auseinandersetzung gipfelte zu Wochenanfang gar in einem Streik, mit dem Bahnangestellte, Ärzte und Lehrer gegen die Reform protestierten.

### Abschied von der Einheitskasse

Verbale Attacken und Streikaktionen sollten etztlich aber nichts mehr daran ändern, dass die Regierung gleichentags den Machtpoker für sich entschied. Mit einer überraschend komfortablen Mehrheit verabschiedete das Parlament am Montag die umstrittene Vorlage, die von Gyurcsany als Kernanliegen seiner höchst unpopulären Reformpolitik bezeichnet wird und die in den vergangenen Wochen zusehends zum Härtetest für die Stabilität der Regierungskoalition wurde. So adikal, wie mitunter kritisiert, fällt der Umbau des Krankenversicherungssystems keinesfalls aus. Zwar soll die bisherige staatliche Einheitskasse durch ein Netz von 22 regional verankerten Kran-

51% halten. Das Prinzip einer Pflichtversicherung bleibt ebenso bestehen wie der Grundsatz der Solidargemeinschaft. Die neuen Kassen werden ferner keine Kunden ablehnen können. Rosinenpickerei ist untersagt, und Schutzmassnahmen zur Abwehr sozialer Härtefälle sind vorhanden.

Wenngleich keine vollumfängliche Privatisierung durchgesetzt wird, weht künftig doch immerhin ein Hauch von Wettbewerb durch Ungarns Gesundheitssystem. Die Reform sieht vor, dass sich private Unternehmen mit Minderheitsanteilen in die Fonds der 22 neu zu gründenden Regionalkassen einkaufen können. Durch den Verkauf entsprechender Lizenzen hofft die Regierung auf Einnahmen von rund 100 Mrd. Forint (650 Mio. Fr.), was den Druck auf die Staatskasse (Ungarn kämpft innerhalb der EU mit dem höchsten Haushaltsdefizit) weiter verringern soll. Bis das neue System auf Anfang 2009 einsatzfähig ist, dürfte sich die Zahl der Versicherer laut Regierungsprognosen aufgrund von Zusammenschlüssen auf sieben bis zehn Stück reduzieren. Jede dieser Kassen muss im 10 Mio. Einwohner zählenden Land mindestens 0,5 Mio. und maximal 2,0 Mio. Versicherte in der Kartei führen. Je nach Grösse der Kartei werden die Kassen aus einem staatlichen Gesundheitsfonds finanziell alimentiert, wobei die ihnen zustehende Dividende höchstens 2% der Nettoeinnahmen beträgt.

### Verärgerung auf allen Seiten

Zur Stärkung des Wettbewerbs wird es den regionalen Kassen erlaubt sein, auch ausserhalb der eigenen Region um Kunden zu werben. Die Versicherten können ferner einmal pro Jahr den Anbieter wechseln. Die Einführung solcher Flexibilität stellt zweifellos einen Schritt in die richtige Richtung dar. Das gilt auch für die bereits zuvor eingeführten Sparmassnahmen, mit denen die Regierung die Kosten und Missbräuche im Gesundheitswesen abbauen will. Dazu gehören etwa eine Kürzung staatlicher Subventionen für Medikamente und eine Grundgebühr von 300 Ft. (knapp 2 Fr.), die bei jedem Arztbesuch vom Patienten zu bezahlen ist. Diese Gebühr führte jüngst nicht nur zu einem markanten Rückgang der Anzahl Arztbesuche. Sie hat es Ungarns Ärzteschaft – eine vor Korruption keineswegs gefeierte Zunft – auch erschwert, zur Einkommenssteigerung mehr Patienten abzurechnen, als effektiv behandelt worden sind. Wenig überraschend hat die Regierung mit ihren zwar unpopulären, volkswirtschaftlich aber sinnvollen Mass-